Nachrichten aus der Forschung

Leonie Ziegler

»Gibt es eine deutsch-deutsche Militärgeschichte als neuere Zeitgeschichte?«

Workshop am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, 9. März 2016

DOI 10.1515/mgzs-2017-0007

Die »geteilte« Geschichte von Bundesrepublik Deutschland und DDR stößt auf neues Interesse. Zwar ist der Trend einer transnationalen Geschichtsschreibung ungebrochen, doch nationalgeschichtliche Ansätze haben angesichts der fortgesetzten Wirkungsmacht des Nationalstaats ihre Bedeutung keineswegs verloren. Das trifft auch auf eine gesamtdeutsche Militärgeschichte zu, die lange ein Schattendasein geführt hat. Hier standen getrennte Betrachtungen der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) sowie der jeweiligen Militärallianzen im Mittelpunkt. Am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw, vormals MGFA) wurde deshalb das neue Großprojekt »Deutsche Militärgeschichte 1970 bis 1989« gestartet. Es nimmt mit unterschiedlichen Methoden auf der Basis von Grundlagenforschung wesentliche Dimensionen einer geteilten deutschen Militärgeschichte in den Blick und lotet zugleich aus, inwieweit diese Erweiterung der Perspektive sinnvollerweise möglich ist.

»Gibt es eine deutsch-deutsche Militärgeschichte als neuere Zeitgeschichte?« Diese Frage stand im Mittelpunkt eines öffentlichen Workshops, den *Jörg Echternkamp* und *Rüdiger Wenzke* am ZMSBw organisiert hatten, um die inhaltlichen und methodischen Vorzüge und Grenzen einer Militärgeschichte als jüngerer Zeitgeschichte im internationalen Kontext zu diskutieren. Die deutsch-deutsche Militärgeschichte zwischen 1970 und dem Ende der DDR solle »gemeinsam betrachtet« und »neue Akzente« müssten gesetzt werden, regte der Leitende Wissenschaftler *Michael Epkenhans* in seiner Begrüßung an.

Methodisch stehe eine »doppelte deutsche Geschichte« nicht im Widerspruch zur Überwindung der Nationalgeschichte seit den 1990er Jahren, argumentierte

Kontakt: Leonie Ziegler, Sciences Po Lille/WWU Münster,
E-Mail: leonie.ziegler@sciencespo-lille.eu

Echternkamp zu Beginn des Workshops. Es handele sich zwar nicht um eine transnationale – geht man von einer deutschen Nation aus –, doch durchaus um eine grenzübergreifende Geschichte, die auf »zwei verschiedene Gesellschaften« ziele, die nicht zuletzt mit ihrer gemeinsamen nationalen Vergangenheit unterschiedlich umgegangen seien. Auf anderen Forschungsfeldern wie der Alltags- und Konsumgeschichte werde diese deutsch-deutsche Geschichte bereits aufgearbeitet. Ob eine »asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte« (Christoph Kleßmann) auch in der Militärgeschichte ohne die Einschränkung durch systembedingte Unterschiede möglich ist, die sich mit einem »Kernbereich staatlicher Souveränität« beschäftige, solle anhand empirischer Beispiele diskutiert werden. Zugleich könne die Militärgeschichte als ein Problemfeld der neueren Zeitgeschichte vermessen werden.

Echternkamp wies dabei zu Beginn der Tagung auf mehrere Gefahren hin: Der Untersuchungsgegenstand könnte an Kriterien der »eigenen« Militärpolitik festgemacht und auf die DDR projiziert werden. Vermieden werden solle auch, dass die Militärgeschichte der DDR als Verfallsgeschichte konzipiert wird und teleologisch auf die Wiedervereinigung zulaufe. Außerdem bestehe die Gefahr einer Aufbauschung der Wechselbeziehungen zwischen den beiden Streitkräften. Dennoch wies der Referent ebenso auf die inhaltlichen, theoretischen und politischen Vorzüge einer deutsch-deutschen Militärgeschichte hin, die nicht nur zu neuen Erkenntnissen führen, sondern auch die Methodendiskussion weiterentwickeln könne.

Die sieben Vorträge von internen und externen Referenten ließen sich drei methodischen Ansätzen zuordnen: der Vergleichsgeschichte, die sich durch die Definition eines *tertium comparationis* und einen systematischen Katalog von Vergleichskriterien auszeichnet; der Verflechtungsgeschichte (*histoire croisée*, entangled history), bei der Wechselbeziehungen im Vordergrund stehen wie der Austausch von Personal und Ideen oder die gegenseitige Perzeption; schließlich der Geschichte der internationalen Beziehungen, die einzelne Nationalstaaten und ihre Akteure als Teil eines politischen und diplomatischen Beziehungsgeflechts in den Blick nimmt.

In den komparatistischen Vorträgen ging es, erstens, um einen spezifischen Truppenteil, um Mobilisierungsmechanismen und das Sozialprofil der Generalität. *Frithjof Balke* (Bonn) fokussierte sich in seiner Masterarbeit auf die operative Militärgeschichte. Der Referent verglich die Entwicklung der Luftlandetruppen in der Bundeswehr und der NVA in den 1970er Jahren. In beiden Armeen hätten die Fallschirmjäger eine Besonderheit dargestellt; trotz moderner Waffen und des »Einsatzes auf Distanz« umgebe sie eine mythische Anziehungskraft; Balke selbst bezeichnete sie als »ideologische Speerspitze des Heeres«. Dies spiegele sich auch in der hohen Zahl an freiwilligen Bewerbern wider und dem kontinuierlichen

Bestehen mehrere Bataillone in beiden Streitkräften. Gleichwohl sah Balke Unterschiede zwischen den beiden deutschen Luftlandetruppen. So charakterisierte man die Fallschirmjäger der NVA aus westdeutscher Sicht gerne als »Handlanger der Partei« und zeichnete ihre totalitäre Traditionslinie nach, während das Pendant in der Bundesrepublik als schwer integrierbar galt. Bräuche und Traditionen wurden teilweise von der Wehrmacht übernommen. Balke unterstrich aber gleichzeitig, dass dies häufig abhängig von der Führung und den unterschiedlichen Führungsstilen war. Als Beispiel führte er hier das Iller-Unglück aus dem Jahr 1957 an, bei dem 15 Wehrdienstleistende bei der Überquerung des Flusses ertranken. Auch in der Ausbildung zeigten sich Unterschiede. 1972 erreichte die Bundeswehr die mit den NATO-Mitgliedsstaaten vereinbarte Truppenstärke, während zum Beispiel die ostdeutschen Fallschirmjäger bis 1971 mit dem Gerät und der Ausrüstung aus der Sowjetunion ausgebildet wurden. Die Vergleichsgruppe in Balkes Untersuchung bildeten die 1936 aufgestellten Fallschirmjäger der Wehrmacht; die Diskussionsteilnehmer zogen auch einen Vergleich zu der heutigen Luftlandetruppe der Bundeswehr.

Johannes Mühle (Fürstenwalde), der an einem Dissertationsprojekt zum Thema arbeitet, analysierte die Mobilmachungssysteme beider Streitkräfte, um Aussagen über den Militarisierungsgrad in der DDR und der Bundesrepublik zu treffen. Um die jeweilige Militarisierung quantitativ zu erfassen, verglich Mühle u.a. die in Anspruch genommenen Kraftfahrzeuge von Privatpersonen, die verteidigungspolitisch relevant waren. In Westdeutschland wurden 0,5 Prozent des Gesamtanteils der Fahrzeuge der Bundeswehr durch den zivilen Bereich ergänzt, in der DDR waren es 11,2 Prozent. Auffallend ist, dass davon 34,9 Prozent Lastwagen waren, während deren Anteil in der Bundesrepublik bei nur 4 Prozent lag. Auf Nachfrage eines Diskussionsteilnehmers, worauf sich die jeweiligen Mobilmachungspläne der beiden deutschen Streitkräfte stützten, zeigte Mühle, dass sich die DDR an Anweisungen aus Moskau hielt, während sich die Bundeswehr an Mobilmachungsplänen der Wehrmacht und des Kaiserreiches orientierte. Allein der Begriff »Kriegsleistungen« im Mobilmachungsplan der Bundeswehr, der im 19. Jahrhundert entstanden war und auch im Reichsleistungsgesetz 1938 auftauchte, offenbare die Orientierung der westdeutschen Armee an den vorherigen deutschen Streitkräften. Überdies betonte Mühle die Unterschiede im Hinblick auf personelle Ressourcen oder zeitliche Asymmetrien in der Mobilmachung. So brauchte die DDR für die Mobilmachung aller Truppen zwei bis drei Tage und ging von einer acht- bis neuntägigen Zeitspanne für die Bundeswehr aus. Tatsächlich benötigte letztere nur drei Tage. In den 1980er Jahren intensivierte sich die zeitlichen Asymmetrien. Zudem war die Mobilmachung beider Seiten an die Alarmierungssysteme der Bündnisse gekoppelt. Damit einhergehend wurden unterschiedliche Strategien verfolgt. Beispielsweise spielten

Reservisten bei der NATO eine geringere Rolle, im Gegensatz zur NVA, in der gediente und ungediente Reservisten elementar waren. Diskutiert wurde, ob sich anhand der Mobilmachungssysteme der beiden Streitkräfte der Militarisierungsgrad einer Gesellschaft messen lasse. Stärker berücksichtigt werden sollte demnach auch die Wirkung der beiden Mobilmachungssysteme auf Staat und Gesellschaft. So betonten Diskussionsteilnehmer gesellschaftlich-soziologische Aspekte sowie Unterschiede der ökonomischen Systeme in Ost und West. Auch schien fraglich, wie weit der Militarisierungsbegriff in diesem Kontext trägt.

Die Generale in Bundeswehr und NVA hatte *Thorsten Loch* (Potsdam) als Vergleichsgegenstand gewählt. In seiner Sozialstrukturanalyse konzentrierte er sich auf die soziale Herkunft und die Karrierelaufbahnen der männlichen 2- bis 4-Sterne-Generale ab 1867. Loch wertete hierfür anhand der Parameter Konfession, Vaterberuf und Schulbildung über 1200 Personalakten der Spitzengenerale aus Bundeswehr, NVA – und als Vergleichsgruppe – der Generale aus der Reichswehr und Wehrmacht aus. Die Daten reichten dabei von 1867 bis 1990. Am Beispiel eines west- und ostdeutschen Generals stellte er die Aspekte soziale Herkunft und militärische Karrierelaufbahn vor. Damit unterstrich Loch die Kontinuität zwischen den Jahren 1860 bis 1990 und verdeutlichte die Einbettung in größere Zusammenhänge. Der Referent betonte im Ergebnis die Fortführung des älteren gesellschaftlich-demografischen Musters in der Bundeswehr. In der NVA hingegen zeige sich ein deutlicher Bruch in der Sozialstruktur der Generalität im Vergleich zur Wehrmacht und ein erkennbarer Unterschied zur Bundeswehr: Die NVA-Generale waren fast ausschließlich nicht-adlig und stammten aus Arbeiterfamilien. Vor allem aus Sachsen kamen überproportional viele Generale, was an der hohen Industrialisierung dieser Region und der Präsenz der SED lag. Ein Diskussionsteilnehmer wies auf die Parteizugehörigkeit der Generale hin, woraufhin Loch die grundlegende Frage nach der Korrelationen zwischen den beiden Aspekten Militär und Politik aufwarf. Auf die Nachfrage, ob man denn hier überhaupt von einer deutsch-deutschen Geschichte sprechen könne, wenn die Sozialstrukturen der Generale in der Bundesrepublik und der DDR sich derart unterschieden, wurde auf den methodischen Vorzug des Vergleichs hingewiesen: Keine deutsch-deutsche Gemeinsamkeit in einem Segment festzustellen, sei auch ein relevantes Ergebnis.

Die eher vergleichsgeschichtlichen Vorträge zielten, zweitens, auf die wechselseitige Wahrnehmung des Militärs, seinen Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit und den Korpsgeist von Offizieren über nationale Grenzen hinweg. *Klaus Schroeder* (Bielefeld) analysierte im Rahmen seines Promotionsprojekts die Feindbilder von Bundeswehr und NVA. Seine Arbeitsergebnisse beruhen auf der vergleichenden Analyse der Inhalte der Selbst- und Fremdbilder der Landstreitkräfte beider Armeen und ihrer möglichen Veränderungen innerhalb der unter-

suchten dreißig Jahre. Auch die Frage, ob die deutschen Streitkräfte aufgrund ihrer gemeinsamen historischen, nationalen und kulturellen Vergangenheit sich selbst näher stünden als den jeweiligen Bündnisarmeen, wurde näher betrachtet. Verwendet wurden hierzu Artikel, Vorschriften, Handbücher und Artefakte wie Bilder und Filme, sodass sich der Referent auf die offiziellen Sichtweisen der Armeen konzentrierte. In der DDR wurde mit Blick auf die Bundeswehrführung die »personelle Kontinuität des Offizierskorps der Wehrmacht« dargestellt, betonte Schroeder. Dem Feindbild nach zeichnete sich die Bundesrepublik durch eine »antinationale, imperialistische Aggressionsarmee« aus und durch den Anspruch, aus Überzeugung zur »Verteidigung der westlichen Werte« zu erziehen. So sollte aus marxistisch-leninistischer Sicht die Vorstellung einer gemeinsamen nationalen Identität verdrängt und stattdessen der Gegensatz des internationalen Klassenkampfes herausgestellt werden. In der Bundesrepublik hingegen sei die Armee der DDR »eher als fremd denn als feindlich« dargestellt worden. Nicht die ostdeutschen, sondern die »russischen« Soldaten schienen die eigentlichen Feinde gewesen zu sein. In der anschließenden Diskussion wurde der Bezug zur Gegenwart hergestellt, was die ungebrochene Relevanz der Feind- bzw. Gegnerbilder in der Bundeswehr für die jeweilige Selbst- und Fremdwahrnehmung deutlich machte. Bei der Frage nach einer Verflechtungs- oder Beziehungsgeschichte unterstrich der an der Universität Bielefeld Promovierende den Verflechtungsaspekt. Zwar sollte man sich »beiden Seiten gleichermaßen widmen«, dennoch müssten Besonderheiten wie »Raum, Zeit und soziale Gruppen« berücksichtigt werden. Die zeitliche Dimension sei am unproblematischsten, beide Armeen entstanden zur gleichen Zeit und existierten bis zum Ende des Ost-West-Konflikts parallel. Auch bei den grundlegenden Befehlsstrukturen konnten Ähnlichkeiten festgestellt werden. Unterschiede gab es beim Umgang mit den Wehrmachtsoldaten und bei der Integration des Militärs in der Gesellschaft.

Selbst- und Fremdbilder spiegelten sich nicht zuletzt im historischen Selbstverständnis der ost- und westdeutschen Streitkräfte wider. Die Leitlinien des jeweiligen Traditionsverständnisses, die Auseinandersetzung um das nationale Erbe in den beiden deutschen Armeen und die wechselseitige Kritik nahm daher *Otto-Eberhard Zander* (Göttingen) unter die Lupe. Für die NVA waren Personen und Ereignisse der deutschen und internationalen Geschichte traditionswürdig, die für den Fortschritt im Sinne des Marxismus-Leninismus standen. Die drei Säulen des Traditionsverständnisses in der Bundeswehr dagegen bildeten laut den Traditionserlassen und der neuen, durch Graf von Baudissin geprägten Führungsphilosophie der Inneren Führung die preußischen Reformer, namentlich Gerhard von Scharnhorst, der militärische Widerstand, vor allem der des 20. Juli 1944, und die Geschichte der Bundeswehr selbst. In den

1950er und 1960er Jahren habe es zahlreiche Traditionsüberhänge aus der Zeit vor 1945 gegeben. So wurden Kasernen und Schiffe nach militärischen Führern benannt, die sich in der Wehrmacht einen Namen gemacht hatten. Die DDR nutzte diese Kontinuität und wies auf die Traditionslinie zur Wehrmacht hin, um die Bundeswehr abzuwerten, argumentierte Zander. In der DDR galt der 20. Juli als Tag des »Antifaschismus« – ein Begriff, der in der Bundesrepublik zurückgewiesen wurde. Dass die NVA im Gegensatz zur Bundeswehr eine Parteienarmee gewesen sei, spiegele sich in den Traditionspflegeverordnungen wider; die NVA habe »auf Parteitagebeschlüsse reagier[en]« müssen. Dies machte sich in einer 98,99-prozentigen Zugehörigkeit zur Partei bemerkbar, ebenso wie beispielsweise an den an der Uniform angebrachten Symbolen Hammer und Sichel. In manchen Fällen wurde denselben historischen Personen unterschiedliche Traditionsbedeutung zugewiesen. So begleitete Beethovens »Yorkscher Marsch« den Zapfenstreich in beiden deutschen Streitkräften. Der »Kampf um Scharnhorst und Beethoven blieb bis zur Auflösung der NVA am 2. Oktober 1990 bestehen«, resümierte Zander. Ziel der SED-Führung war die Erschaffung eines »sozialistischen Soldaten«.

Die nationale Identitätsstiftung war das eine, die internationale Orientierung sowie das Konzept der Supranationalität und Transnationalität zu jener Zeit das andere. *Jens Boysen* (Warschau) konzentrierte sich auf die NVA als deutsche Streitmacht und transnationales Kontingent. Der Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in Warschau zeichnet für die NVA das Bild einer Armee, die sich zunächst als Streitmacht eines künftig »vereinigen, sozialistischen Deutschlands« sah, bevor sie eine marxistische Prägung erfuhr und als »ein Paradebeispiel für eine moderne sozialistische Armee« galt. Von Anfang an war sie – ebenso wie die westdeutsche Armee – in Verteidigungsbündnisse eingebunden: 1955 erfolgte der Beitritt der DDR in den Warschauer Pakt, gegründet wurde die NVA erst im darauffolgenden Jahr. Mit der Einführung der Wehrpflicht 1962 sei die NVA, neben der Freien Deutschen Jugend, der zweite große Erziehungsträger in der DDR geworden. In den 1960er und 1970er Jahren vertiefte sich die marxistische Prägung, was die Änderung der Feindbilder mit sich brachte: Anfangs verteidigte die NVA das Volk, später nur noch die loyalen und regimetreuen Werkarbeiter.

Im zweiten Teil seines Vortrags beschäftigte sich Boysen mit der Anwendung des Konzepts der Supranationalität auf den Warschauer Pakt, in den die NVA eingebunden war. Dabei sei die ungleiche Machtverteilung nicht als problematisch empfunden worden, wie eine Studie aus den 1970er Jahren herausfand. Eine »gewisse Rivalität« habe es gegenüber Polen gegeben, mit dem man um die Rolle des besten Verbündeten auch im militärischen Bereich konkurriert habe. Zugleich betonte Boysen die soziale Kohäsion zwischen dem ostdeutschen und dem

polnischen Offizierkorps, die er u.a. auf die gemeinsame militärische Sozialisation in der UdSSR zurückführte. Boysen zufolge bilde die DDR dennoch eine Ausnahme: Andere Staaten konnten die »Geschichte als Begründung zur Hinwendung zum Sozialismus« auslegen. Auch galt die SED als »radikalste marxistische Partei« und die NVA zeichnete sich durch die »ungleiche Lage im Bündnis« aus. Dennoch könne man nicht davon ausgehen, dass das Bestehen des Warschauer Paktes ausschließlich auf die sowjetische Unterstützung zurückzuführen sei, so der Referent. In der Anfangs- und Stabilisierungsphase sei dies der Fall gewesen, später festigte allerdings die Entwicklung von Lebenswelten das militärische Bündnis im Osten.

Wie insbesondere die Vorträge von Schroeder und Zander zeigten, schließen sich der vergleichs- und verflechtungsgeschichtliche Ansatz keineswegs aus. Vielmehr können sie sich – darauf hatte Echternkamp vorab hingewiesen – etwa in einer komparativen Perzeptionsgeschichte ergänzen.

Schließlich gerieten beide deutsche Staaten und Armeen dort in den Blick, wo es wie aus der Vogelperspektive um die außen- und sicherheitspolitische Entwicklung geht. *Oliver Bange* (Potsdam) verknüpfte die Themenfelder Rüstungskontrolle und Menschenrechte. Ausgehend von der Frage, wie es zum Ende des Ost-West-Konflikts kommen konnte, unterstrich er die zentrale Rolle der Abrüstungsverhandlungen und ihrer Verbindung mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Zentrum der Ost-West-Diplomatie in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Dass sich die Staatschefs des Warschauer Paktes, darunter Erich Honecker, mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 zur Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verpflichtet hätten, habe das östliche Bündnis destabilisiert. Laut Bange konnte es zur friedlichen »Revolution« von 1989 erst kommen, nachdem die »bündnispolitischen, ideologischen und militärischen Machtstrukturen weitgehend erodiert waren«. Erst dieses sicherheitspolitische Machtvakuum habe Spielräume für Massendemonstrationen eröffnet. Dass dagegen die Bedeutung der sozialen Bewegungen und der gesellschaftlichen Akteure nicht unterschätzt werden dürfe, wurde in der Diskussion herausgestellt.

Im Laufe des Workshops kristallisierten sich einige übergreifende Themen heraus. Zunächst ging es wiederholt um die Bedeutung der Zeit vor 1945/49: Wiesen die beiden deutschen Staaten durch ihre gemeinsame nationale Vor-Vergangenheit mehr Ähnlichkeiten auf als die jeweiligen Bündnispartner der NATO und des Warschauer Paktes? Die Prägung der militärischen Funktionselite, der historische Rückgriff zur Traditionsstiftung und die Kritik an Traditionenüberhängen und Personalkontinuität deuteten darauf hin. Loch sei hier beispielhaft genannt, der ähnliche Variablen zwischen der Generalität beider Streitkräfte feststellte.

Sodann kam immer wieder – auch vonseiten der Diskussionsteilnehmer – die Sprache auf den internationalen Zusammenhang und die transnationale Dimension der deutsch-deutschen Militärgeschichte: Wie verlief die Entwicklung in den anderen Bündnisstaaten? Welchen Einfluss hatte dies auf die deutsch-deutsche Militärgeschichte? Schließlich wurde auf die Gefahr einer zu statischen Betrachtung hingewiesen, wie sie besonders der Vergleich berge. Müsse man nicht die Dynamik der Entwicklung in Staat und Gesellschaft auch in der DDR stärker berücksichtigen? Das wandten vor allem Teilnehmer ein, welche am Militärgeschichtlichen Institut der DDR oder der Militärpolitischen Hochschule in (Ost-) Berlin tätig gewesen waren. In verschiedenen Vorträgen – beispielsweise bei Boysen, Bange und Schroeder – konnten die Entwicklungen in der DDR hin zu einer positiveren Haltung gegenüber dem anderen deutschen Staat vor allem in den 1970er und 1980er Jahren festgemacht werden. Auch politisch und gesellschaftlich relevante Einschnitte in den 35 Jahren der parallel existierenden Armeen wurden angesprochen, die Stockholmer Konferenz im Jahre 1975 sei beispielhaft genannt.

Neben der Diskussion der Methoden und Forschungsergebnisse erinnerten Referenten immer wieder an die spezifische Quellenproblematik, die eine deutsch-deutsche Militärgeschichte als neuere Zeitgeschichte mit sich bringt und dadurch nur eine »eingeschränkte Vergleichsfähigkeit« (Schroeder) gegeben sei. Während die Archivalien der DDR nahezu vollständig zugänglich sind, stellt sich die westdeutsche Aktenlage komplizierter dar. Der zuständige Referent des Bundesarchivs, Abteilung Militärarchiv, *Andreas Kunz*, konnte den Teilnehmern wichtige Hinweise geben. Das Bundesarchivgesetz (§ 5) erlaubt den Zugang zum Archivgut des Bundes, das aus einer mehr als 30 Jahre zurückliegenden Zeit stammt. Zu beachten sind allerdings Restriktionen aus Datenschutzgründen – eine Einwilligung der Betroffenen ist erforderlich, sofern die betroffene Person nicht seit mindestens 30 Jahren tot ist – sowie durch den staatlichen Geheimschutz: Dokumente können als Verschlusssache (VS) klassifiziert und entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit gemäß der Verschlusssachenanweisung des Bundes eingestuft sein. Der Archivar wies auf die Möglichkeit hin, eine Schutzfristverkürzung oder eine vorübergehende Einsicht auf der Rechtsgrundlage des Informationsfreiheitsgesetzes zu beantragen, das einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden garantiert. Zudem empfahl er die Metadaten-Bank »invenio«, die den Online-Zugriff auf Echtdatenbestände erlaubt und – nach Registrierung – auch die effiziente Vorbestellung von Akten ermöglicht.

Diese forschungspraktische Information aus erster Hand, vor allem aber die gelungene Zusammenstellung der Vorträge, die von der Mikroebene der Truppenteile bis zur Makroebene der Sicherheitspolitik reichten, sowie die Diskussions-

beiträge von Historikern, Soziologen und »Zeitzeugen« machten diesen Workshop zu einer ausgesprochen gelungenen Veranstaltung. Dass auch jüngere Historiker Gelegenheit bekamen, das Projekt ihrer Master- oder Doktorarbeit zu diskutieren, schlug ebenso positiv zu Buche wie die von Echternkamp angeregte Diskussion über die methodisch-theoretische Konzeption einer neueren »geteilten« Militärgeschichte. Auch konkrete forschungsrelevante Fragen, wie der Zugang zum Freiburger Bundesarchiv, konnten direkt geklärt werden.

Zusammenfassend zeigte sich Rüdiger Wenzke »vorsichtig optimistisch«, dass die deutsch-deutsche Militärgeschichte als eine Dimension betrachtet werden könne. Die Zahl von rund 40 internen und externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern verschiedenster Altersgruppen und persönlicher Hintergründe signalisierte jedenfalls ein großes Interesse an einer gesamtdeutschen Forschungsperspektive – auch wenn diese die eigenständige Militärgeschichte der DDR, der Bundesrepublik und der Militärbündnisse keineswegs überflüssig mache, wie Wenzke in seinem Schlusswort unterstrich; nicht alles lasse sich »in einen deutsch-deutschen Bezug pressen«. Auch Echternkamp betonte, dass trotz der Tendenz zu einer »methodisch-theoretischen Diskussion jenseits der nationalstaatlichen Grenzen« eine nationale Militärgeschichte unabdingbar bleibe. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass »Vergleiche zwischen einer Diktatur und einer Demokratie bis heute ein Politikum sind und Ärger verursachen können«.

Ein Diskussionsteilnehmer warf die Frage nach der Leitkategorie auf: »Deutsch-deutsche Militärgeschichte« ziele auf die Gemeinsamkeiten ab – doch während des Workshops wurden ebenfalls »bedeutende Unterschiede« festgestellt. Die Frage nach Alternativbegriffen blieb offen und ist weiter zu diskutieren. Daher darf man schon jetzt auf die Internationale Tagung für Militärgeschichte 2019 gespannt sein, mit der das ZMSBw den deutsch-deutschen Faden wieder aufgreifen wird.